



Grünliberale Partei Kanton Zug

Sekretariat
Fridbachweg 11
6300 Zug
zg@grunliberale.ch
www.zg.grunliberale.ch

Medienmitteilung

Datum	24. Januar 2021
Thema	Mehr Technologie, mehr Steuergerechtigkeit und weniger Symbolpolitik: Die Grünliberalen Kanton Zug fassen die Parolen für die Abstimmung vom 7. März 2021
Rückfragen	Tabea Estermann, Co-Präsidentin GLP Kanton Zug, 079 583 57 55

Am 7. März 2019 stehen wieder einige Vorlagen auf dem Wahlzettel. Nach zwei Stunden engagierter und kontroverser Debatte steht fest: der Vorstand der Zuger Grünliberalen sagt klar Ja zu den zeitgemässen Ladenöffnungszeiten im Kanton Zug, zum Freihandelsabkommen mit Indonesien und zur elektronischen Identität. Ebenso deutlich lehnt der Vorstand das Verhüllungsverbot ab. Die Änderung zum Steuergesetz wurde kontrovers diskutiert, doch das Ja Lager setzte sich durch.

Der erste Punkt auf der Agenda war wie erwartet der umstrittenste: die Änderung des Steuergesetzes. Der Kanton Zug hat in den vergangenen Jahren vermehrt Steuerüberschüsse geschrieben. Um nicht mehr Steuern zu verlangen als nötig und gleichzeitig der unter dem Corona leidenden Wirtschaft und Bevölkerung einen kleinen Zuschuss zu geben, hat der Kantonsrat durch drei Elemente die Steuerbelastung gesenkt: Die befristete Senkung des Kantonsteuerfusses, die Erhöhung des generellen persönlichen Abzuges sowie die Vereinfachung und der Ausbau des Mitzinsabzuges. Die GLP Kantonsräte hatten der finalen Version der Änderungen einstimmig zugestimmt. Im Vorstand wurden aber auch kritische Stimmen zu der Vorlage laut. Der Konsum und damit die Wirtschaft ist nicht eingebrochen, weil zu wenig verfügbares Einkommen vorhanden ist, sondern weil der Konsum künstlich eingeschränkt wird. Mit der Aufhebung der Corona-Massnahmen wird automatisch mit dem zwangsweise gesparten Einkommen der Konsum wieder steigen. Steuergerechtigkeit zwischen den Jahren ist der GLP wichtig, denn der Staat sollte nicht unnötig aufgeblast werden. Aber es unklar, dass diese Überschüsse mit der aktuellen Situation anhalten werden. Da die Vorlage mit dem Mietzinsabzug aber auch den Mittelstand entlastet und der Kanton solide Reserven hat, fasste der Vorstand dennoch die Ja Parole.

Nach diesem ersten harten Brocken herrschte mehrheitlich Einigkeit bei den weiteren Vorlagen. Die Initiative für zeitgemässe Öffnungszeiten in Kanton Zug, welche die Jungpartei der Grünliberalen mit eingereicht hatte, wurde klar angenommen. Das einzige Bedenken zu der Vorlage ist der Einfluss auf die Arbeitnehmenden. Es herrschte aber Einigkeit, dass es nicht wirklich relevant für die Arbeitsplatzqualität ist, wann am Tag die Arbeitsstunden geleistet werden, sondern wie die Wochenarbeitszeit, die Überzeit oder Ruhezeiten geregelt sind.

Weiter votierte der Vorstand einstimmig für das Ja um das Freihandelsabkommen mit Indonesien. Es ist unbestritten, dass sich die Ablehnung des Handelsabkommen negativ auf die Nachhaltigkeit auswirken würde. Auch das Verhüllungsverbot wurde einstimmig abgelehnt. Länger diskutiert wurde das

Gesetz zur elektronischen Identität. Es schafft die rechtlichen Grundlagen für eine offizielle, behördlich anerkannte Schweizer elektronische Identität (E-ID). Die Frage, ob die E-ID vollständig in den Händen des Staates sein muss und ob das Risiko eines Datenmissbrauchs bei Involvierung Privater höher ist, wurde kontrovers diskutiert. Schlussendlich war sich der Vorstand aber einig, dass das vorliegende Gesetz die Rollenteilung zwischen Staat und Privaten optimal balanciert und fasste die Ja Parole.

Tabea Estermann
Co-Präsidentin GLP Kanton Zug